

Zeitschrift: Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Herausgeber: Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Band: 97 (2003)

Heft: 6

Rubrik: Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Medienmitteilung zur Übergabe der Petition der Interessengemeinschaft Sozialer Finanzausgleich (IG SFA) an die Vereinigte Bundesversammlung

178'000 Unterschriften gegen die Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA

Die Interessengemeinschaft Sozialer Finanzausgleich, in welcher alle namhaften Organisationen der Behindertenfachhilfe und –selbsthilfe zusammengeschlossen sind, hat in nur gerade 10 Wochen 178'000 Unterschriften für die Petition **«Keine Experimente auf Kosten behinderter Menschen»** gesammelt. Sie hat damit auf eindrückliche Weise bewiesen, dass sie für den Widerstand gegen die jetzige Vorlage NFA gerüstet ist. Die 178'000 Petitionäre fordern, dass die Invalidenversicherung und die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs NFA zu streichen sind.

Mehr als 175'000 Menschen fordern vom Parlament, dass die Diskussion zur Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) endlich auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf den Sozialstaat Schweiz geführt wird. Das Grossprojekt NFA ist ein einseitig ausgerichtetes Finanzpaket, welches für Zehntausende von behinderten Menschen nachteilige Konsequenzen haben wird. Die für den Sozialbereich vorgesehenen Massnahmen sind ungerecht, fragwürdig und ineffizient. Die Förderung der Integration von behinderten Menschen ist eine nationale Aufgabe; das belegen sowohl die neue Bundesverfassung, als auch das Behindertengleichstellungsgesetz sowie die IV- und EL-Gesetzgebung. Durch die NFA sollen zentrale Bereiche des schweizerischen Sozialwesens vom Bund in die Verantwortung der Kantone verschoben werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Leistungen für Behinderte. Die mehr als 175'000 Unterschriften belegen es: die jetzige Vorlage wird es in der bevorstehenden Volksabstimmung schwer haben.

Klare Forderung - breiter Widerstand

Die IG SFA und mit ihr 178'000 Petitionäre wehren sich dagegen, dass die heutige Behindertenpolitik, welche sich seit Jahren bewährt hat, aus finanztechnischen Überlegungen aufs Spiel gesetzt wird. Sie fordern das Parlament auf, Vernunft walten zu lassen und in der bevorstehenden Sommersession die Invalidenversicherung und die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV aus der NFA zu streichen. Die IG SFA wehrt sich gegen eine Föderalismusreform auf Kosten behinderter Menschen. Sie verlangt eine Gleichbehandlung aller Menschen mit Behinderung in allen Teilen unseres Landes. Die behinderungs- und krankheitsbedingten Lebenskosten müssen weiterhin durch den Bund sichergestellt werden. Die Ergänzungsleistungen müssen Teil der 1. Säule bleiben. Die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals muss durch den Bund sichergestellt werden. Und auch der Anspruch behinderter Kinder auf Förderung und Schulung muss landesweit bestehen bleiben.

Die 178'000 Unterschriften beweisen es: die Interessen der Behinderten dürfen nicht ignoriert werden. Das Parlament tut gut daran, sich in der Sommersession noch einmal mit den Forderungen der behinderten Menschen im Detail und mit Engagement auseinanderzusetzen.